Sie unter Anwendung verletzender Worte über den Inhalt derselben von Sr. Majestät verlangen, nur mit Allerhöchster Genehmigung an den Landtag gelangen konnte.

Die Forderung, daß Sr. Majestät derselben dennoch nach der Annahme durch den Landtag, die Sanktion verweigern solle, ist um so befremdender, als die Herren Bischöfe selbst nicht glauben werden, daß die Dotationen, um deren Zurückhaltung es sich handelt, vom Staate jemals bewilligt worden wären, wenn bei der Bewilligung den Bischöfen und Geistlichen das Recht hätte vorbehalten werden sollen, je nach päpstlichem Befinden den Gesetzen des Staates gehorsam zu sein oder nicht.

Wenn die Eingabe das Einstellungsgesetz eine Quelle unsäglichlicher Trauer und friedestörender Verwirrung nennt, so wollen diejenigen unter den Herren Bischöfen, welche im Jahre 1870 vor der Verkündigung der vatikanischen Beschlüsse derartige Zustände als die Folge der letzteren voraussehen, und mit beredten Worten öffentlich verkündeten, sich selbst fragen, ob Sie nicht vielleicht durch treue und feste Vertretung ihrer Ueberzeugungen unser Vaterland vor den Wirren und Friedestörungen zu bewahren vermocht hätten, welche Sie selbst warnend vorhergesagt und die wir jetzt mit Ihnen beklagen.

Erz. Erzbischöfliche Gnaden ersuchen mir, den übrigen Herren Mitunterzeichnern der Immediat-Eingabe von diesem Schreiben gefälligt Mittheilung machen zu wollen.

Das Staats-Ministerium.

Fürst v. Bismarck. Camphausen. Graf zu Eulenburg. Leonhardt. Felt. Udenbach. Friedenthal.

An

den Erzbischof von Köln, Hrn. Dr. Paulus Melchers, Erzbischöfliche Gnaden zu Köln.

Die Reform des Vormundchaftswesens.

Unter den Vorlagen, welche den Landtag in seiner diesmaligen Session beschäftigen, nimmt der Entwurf über das Vormundchaftswesen eine hervorragende Stelle ein. Derselbe ist zunächst Gegenstand der sorgfältigsten Berathung im Herrenhause gewesen und in einer Gestalt und Fassung, welche fast durchweg auf Verständigung des Hauses mit der Staatsregierung beruht, vor Kurzem an das Abgeordnetenhaus gelangt. Wenn hier zunächst Aufgaben von noch dringenderer Wichtigkeit im Vordergrund der parlamentarischen Beachtung stehen, einerseits diejenigen Aufgaben, welche nach der Eröffnungsrede „von grundlegender Bedeutung für die gesammte Fortbildung unserer Gesetzgebung“ sind, daneben die Entwürfe, welche zur Regelung des Verhältnisses zwischen Staat und Kirche von unmittelbarer Nothwendigkeit erscheinen, — so ist doch zu wünschen und zu hoffen, daß der weitere Verlauf der Session die Möglichkeit biete, auch die Reform des Vormundchaftswesens zum weiteren befriedigenden Abschluß zwischen der Regierung und der Landesvertretung zu bringen.

Das Bedürfnis dieser Reform ist namentlich in den landrechtlichen Theilen der Monarchie seit geraumer Zeit anerkannt.

Seit der Veröffentlichung des Allgemeinen Landrechts hat sich eine durchgreifende Umgestaltung aller politischen und socialen Verhältnisse Preußens vollzogen. Die Verfassung des Staates und die Organisation der Gerichte ist eine andere geworden, der rechtliche und gesellschaftliche Unterschied der Stände ist theils verschwunden, theils verschwindet er täglich mehr; insbesondere aber ist die Entwicklung der Verkehrs- und Vermögens-Verhältnisse außerordentlich fortgeschritten. Diese tiefgehende Veränderung der Verhältnisse hat bereits in wichtigen Rechtsgebieten eine neue Gesetzgebung herbeigeführt; dagegen ist das in Preußen geltende Vormundschaftsrecht im Großen und Ganzen bisher von einer Neugestaltung unberührt geblieben.

Es hat auch bisher in Preußen nicht an Versuchen gefehlt, das Vormundschaftsrecht fortzuentwickeln, welche sich hauptsächlich auf das im größten Theile des Staats geltende Allgemeine Landrecht bezogen haben.

Schon seit dem Jahre 1825 wurden einzelne jedoch erfolglose Versuche gemacht, die am meisten hervorgetretenen Mängel zu beseitigen. Seit jener Zeit wurde in den alljährlichen Berichten der Obergerichte immer und immer wieder das Vormundschaftsrecht als der Reorganisation dringend bedürftig bezeichnet und der Wunsch ausgesprochen, der Familie eine größere Einwirkung zu sichern, den Vormündern eine freiere Be-

wegung zu gestatten und den Gerichten eine weniger verantwortliche Stellung anzuweisen.

Auch unmittelbar aus der Bevölkerung wurde die Reform des Vormundchaftswesens dringend verlangt, und der Vereinigte Landtag richtete auf Grund einer Petition im Jahre 1847 die Bitte an Sr. Majestät den König: „Erleichternde Bestimmungen über die Handhabung der Vormundschaften, insbesondere in Beziehung auf die Verwaltung des Vermögens zu erlassen und die Einwirkung und Leitung der Vormundschaften von Seiten des Richters durch Einführung eines dem Familienrath entsprechenden oder diesem ähnlichen Instituts zu beseitigen.“

Nach dem Jahre 1848 wurden die Vorarbeiten für die als nothwendig erkannte Reform im Justizministerium alsbald wieder aufgenommen, konnten aber zunächst aus verschiedenen Gründen nicht zum Abschluß geführt werden. Die Bemühungen des Ministeriums blieben zunächst auf Einführung von Verbesserungen im Verwaltungswege beschränkt. Die Nothwendigkeit einer allgemeinen Reform wurde jedoch immer wieder, und zwar hauptsächlich von Seiten der höheren Justizbeamten angeregt.

Das Bestreben, den als berechtigt anerkannten Wünschen nach einer Verbesserung dieses Zweiges der Gesetzgebung in umfassender Weise zu entsprechen, führte zur Ausarbeitung eines im Jahre 1870 vom Justizministerium zunächst der Öffentlichkeit übergebenen Gesetzentwurfs. Die darauf eingegangenen Entschieden und veröffentlichten Schriften haben ein sehr umfangreiches und fruchtbares Material geliefert, welches bei den weiteren Vorarbeiten des Justizministeriums eine eingehende Berücksichtigung gefunden hat.

Es konnte fraglich erscheinen, ob die beabsichtigte Reform auch auf diejenigen Provinzen auszudehnen sei, in welchen nicht das Landrecht gilt, sondern theils das französische Recht (in der Rheinprovinz), theils das Gemeine Recht (in den im Jahre 1866 erworbenen Provinzen). In diesen Rechtsgebieten waren die Mängel des bisherigen Vormundschaftsrechts nicht so bedeutend, wie in dem Gebiete des Landrechts; man hatte sich daher im Allgemeinen dort mehr zu Gunsten des bestehenden Zustandes ausgesprochen. Die Regierung hielt jedoch dafür, daß es nicht gerechtfertigt und eines großen Staates nicht würdig sei, eine Mannigfaltigkeit des Rechts in verschiedenen Provinzen aufrecht zu erhalten auf einem Gebiete, auf welchem von provinziellen Eigenheiten und Besonderheiten nicht die Rede sein kann, welches vielmehr nach allgemeinen Rechtsgrundsätzen, nach der allgemeinen Sitte und nach den thatsächlichen Verhältnissen des Lebens und des Verkehrs zu regeln ist. Je mehr das neue Gesetz durchweg auf die durch Wissenschaft und Praxis als richtig erkannten Prinzipien gegründet werden soll, um so mehr scheint es gerechtfertigt, dasselbe auch da einzuführen, wo die Mängel bisher minder hervortretend waren, zumal alles Dasjenige, was sich dort als gut und zweckmäßig bewährt hat, naturgemäß in das künftige Gesetz aufzunehmen sein wird.

Der Gesetzentwurf ist demgemäß für die gesammte Monarchie bestimmt.

Es konnte nun die Frage entstehen, ob nicht die neue Regelung des Vormundchaftswesens der Reichsgesetzgebung zu überlassen sei. Die Regierung war jedoch der Ansicht, daß eine Reform des preussischen Vormundchaftswesens, weit entfernt, ein Hindernis für die Reichsgesetzgebung zu bilden, vielmehr den Weg derselben ebener werde, wie es auf anderen wichtigen Gebieten der Fall gewesen ist. Die Gesetzgebung geht in ruhigen Zeiten ihre bestimmten durch die Geschichte gewiesenen Wege; sie schafft nicht völlig neues Recht, sondern stellt nur klar, was sich unter der Einwirkung der wirklichen Lebens-Verhältnisse im Volke gebildet hat. Das Reichsgesetz wird daher im Wesentlichen von keinen anderen Grundzügen ausgehen können, als die sorgfältig vorbereitete neue Vormundschaftsordnung für Preußen. Ueberdies steht der Erlaß eines bürgerlichen Gesetzbuchs für das deutsche Reich nicht zunächst in Aussicht; vielmehr handelt es sich zuerst um eine neue Gerichtsverfassung für Deutschland. Gerade diese aber macht eine vorherige Regelung des Vormundschaftsrechts für Preußen sehr wünschenswerth.

Das Herrenhaus, welches den Gesetzentwurf zunächst in der Kommission in fünf und zwanzig angestregten Sitzungen, sodann im Hause selbst gründlich und sorgfältig berathen hat, ist in seiner überwiegenden Mehrheit sowohl obigen allgemeinen Gesichtspunkten beigegeben, wie auch die Grundlagen des Entwurfs selbst als richtig und entsprechend anerkannt worden sind, namentlich darin, daß künftig an Stelle des Vormund-

schaftsgerichts der Vormund selbst die Verwaltung, das Gericht aber kontrollierende Behörde sein soll. Das Gericht steht den Verhältnissen fern, ferner der Vormund, und ist nicht in der Lage, so zweckmäßig in die Lebensverhältnisse einzugreifen, wie der Vormund es kann. Für die Sicherung des Mündels hat die Kontrolle des Gerichts eine große Bedeutung.

Das Herrenhaus hat im Einzelnen vielfache Veränderungen des Entwurfs vorgenommen, welche seitens der Staats-Regierung größtentheils als Verbesserungen anerkannt und durchweg genehmigt worden sind.

Die Vormundschafts-Ordnung in der nunmehr vorliegenden Gestalt wird gewiß auch im Abgeordnetenhaus im Großen und Ganzen als ein bedeutender Fortschritt und Gewinn erkannt werden. Wenn es nicht schon kann, daß über Einzelheiten abweichende Ansichten und Wünsche auch dort hervortreten, so wird doch bei geschäftlicher Behandlung und bei den sachlichen Einschließungen voraussichtlich der Gesichtspunkt von überwiegender Bedeutung sein, daß es zumal im Hinblick auf die mannigfachen und sich drängenden sonstigen Aufgaben der Gesetzgebung für die nächsten Jahre bedauern wäre, wenn die bisherige erfolgreiche Arbeit und Verständigung über die wünschenswerthe Reform zunächst verloren sein sollte.

Vertragsrecht und Gesetzgebung gegenüber der römisch-katholischen Kirche

(mit Bezug auf die Bulle „de salute animarum“)

Aus der Rede des Kultus-Ministers Dr. Falk bei der Berathung des Gesetzentwurfs wegen der Stellung der Leistungen aus Staatsfonds gegenüber der katholischen Geistlichkeit in der Sitzung vom 17. März.

Meine Herren! Die Motive des Gesetzentwurfs gehen davon aus, daß allein maßgebend sei für die vorliegende Rechtsfrage jenes Gesetz oder jener Akt, durch welchen die Bulle „de salute animarum“ (im Jahre 1821) in Preußen Wirksamkeit erlangte.

Nun, meine Herren, wäre es ja ein ganz geschichtswidriges Bemerkeln, wenn ich sagen wollte, daß die Bulle „de salute animarum“ nicht ihrem Wortlaut nach zwischen dem preussischen Gesandten Niebuhr und den Vertretern der Kurie „vereinbart“ worden sei. In- dessen, „das ist das Entscheidende nicht“. Man ist von beiden Seiten vollständig der Ueberzeugung gewesen, daß es „ein großer Unterschied sei, eine wirkliche Vereinbarung, ein Konkordat“ zu schließen, mit seiner Verbindlichkeit, — und sogenannte „Circumscriptionsbulle“ zu erlassen, die hinterher „die Sanction (Bekräftigung) des Landes, in welchem sie verkündet werden“, erhalten. Die Instruktion, welche nach einer Formulierung vom Jahre 1818 im Jahre 1820 dem preussischen Gesandten Niebuhr von hier aus ertheilt wurde, enthielt den Satz:

„daß königliche jura — hier heißt es sogar in sacra („königliche Rechte in Kirchenfachen“) von päpstlicher Bewilligung durch eine „Uebereinkunft“ nicht abhängig zu machen seien, daß dem Papste möglichst wenig Kenntniznehmung in temporalibus (in den äußeren Angelegenheiten) zu gestatten sei, und daß allemal der Papst es sei, der zu bitten habe.“

Und, meine Herren, das Ausführungsschreiben, welches diese Instruktion übermittelte, enthielt ausdrücklich den Satz:

„Es besteht die von einem so recht- und treuepflichten, so kundigen und geschickten Gesandten, wie Er. es sind, zu lösende Aufgabe darin, „daß des Königs Majestätrechte circa sacra, die von selbst unumwandelbar feststehen, durchaus nicht abhängig gemacht werden von römischen Unterhandlungen nach „außerordentlichen römischen Bewilligungen“.“

Als die Bulle in Berlin eingegangen war, schrieb der Staatskanzler Fürst Hardenberg an den damaligen Minister der auswärtigen Angelegenheiten, die königliche Sanction dürfe nicht ohne eine, die Hoheitsrechte wahrende Klausel sein, und die Klausel schlug Fürst Hardenberg in noch schärferer Formel vor, als sie hinterher in die Kabinettsordr, irre ich nicht, vom 23. August 1821 übergegangen ist. Die Auszüge aus der Ordre, die in den Motiven stehen, sprechen auch in voller Schärfe den Standpunkt aus, den damals der Staat, der König Friedrich Wilhelm III. einnahm. Es wird dort davon gesprochen, daß, weil die Bulle de salute animarum „nach ihrem wesentlichen Inhalte“ mit den unter dem 9. Juni genehmigten Verabredungen vom 25. März zusammenstimme, der König auch den wesentlichen Inhalt dieser Bulle, nämlich den, was auf die Einrichtung, Ausbreitung und Begrenzung der Erzbisthümer und Bischöfe des Staats und aller darauf Bezug habenden

Gegenstände „sich bezieht, die „königliche theilt „Kraft deren Statut der katholischen die es angeht, zu beobachten diese Sanktion „verm und diesen Rechten wie evangelischer Religion Landes unbeschadet.“

Ich denke, es ist „daß des Papstes kir „anerkannt wird, sonder „staatsseitig wird der „dieses Statut ertheilt „Beschränkungen. Diese in der That recht deutlich habe ich sie wiederholt.

Wer aber noch ei „möchte sich erinnern an die preussische Staatsreg nehmen bei Publication zu stellen, welches ihr p erschien — ich glaube, aus der Feder des dam Kultus-Ministeriums, Staats-Anzeiger“ eine Worten schloß:

„Stipulationen als „der geistlichen Ober „weltlichen Behörden „würden, sind nicht „kann von einem Ko „nicht die Rede sein. „behalt seiner Hoheits „ihm auferlegte Pflicht „standen, nicht von „machen, nicht den f „beugende Beiträge „des Glaubens ist, lie „reichs vertragemäßiger

Der Standpunkt, wel würde, ist noch in viel in einer Schrift, die dan Klüber in Anregung oder licher Veranlassung der p öffentlichte. Ich denke, Preußen hat klar und d sich hier um ein „Landesg es erforderlich ist, auch in geändert werden kann“.

Und gar nicht ander übrigen Staaten, die gegen worden sind. Die Staatsg die im Jahre 1821 dem G haben sich gerade so ausge preussischen Königs damal handelt es sich um ein der

Es wurde nun gesagt „Rechts- und Treubruch“.

Sie wohl für möglich, Bestimmung bei der Do „selbstredende Voraussetz „Kirche, oder, da es sich „katholische Alerus die S

Ich meine, wer sich zur Personen, der kann daran Würde man wohl im Jah mit leichter Feder eine M Staaten aufhob und sie ander zwies, der Meinung gen wäre, es könne der katho

gegen die Staatsgewalt un verlangen? Meine Herren, wenn König Friedrich Wil Erlaß vom 23. August 18 er geben, so habe er imr gehabt, die zu erlassen der

Nun, meine Herren, ich III. gehörte zu den Monar rainetät und dem Rechte des zu ziehen nach gerechtem E durchdrungen waren.

Auch unter Friedrich V Auffassung. Geht nicht jenes Schreib welches im Jahre 1841 den Neujahrsgefecht brachte, nur role der Staatsgewalt zu v Worten davon aus, daß es

ist die Verwaltung für die Behörde sein zu wissen fern, ferner in der Lage, so zweckmäßig zu sein, wie der Vorwand des Mißstandes hat aber große Bedeutung. Einzelnen vielfache Bestimmungen, welche seitens des Reiches als Verbesserungen angesehen werden sind. Ich denke, es ist darin recht klar ausgesprochen, daß des Papstes kirchliches Gesetzgebungsrecht nicht anerkannt wird, sondern kraft des königlichen Befehls, staatsseitig wird der katholischen Kirche in Preußen dieses Statut ertheilt und nur mit den genannten Beschränkungen. Diese Worte scheinen mir die Sache in der That recht deutlich und klar auszudrücken; darum habe ich sie wiederholt.

Wer aber noch einen Zweifel haben kann, der möchte sich erinnern an diejenigen Akte, die gleichzeitig die preussische Staatsregierung für Pflicht hielt, vorzunehmen bei Publikation der Bulle de salute, um klar zu stellen, welches ihr prinzipieller Standpunkt sei. Es erschien — ich glaube, das ist den Meisten bekannt — aus der Feder des damaligen vortragenden Rathes des Kultus-Ministeriums, Schmieding, im „Preussischen Staats-Anzeiger“ eine Beleuchtung, welche mit diesen Worten schloß:

„Stipulationen also, wodurch der Wirkungskreis der geistlichen Oberen und ihre Stellung zu den weltlichen Behörden des Staats näher bestimmt würden, sind nicht getroffen worden, und insofern kann von einem Konkordate in diesem Sinne gar nicht die Rede sein. Der König konnte den Vorbehalt seiner Hoheitsrechte, denen theuere von Gott ihm auferlegte Pflichten gegen sein Volk zur Seite standen, nicht von fremder Anerkennung abhängig machen, nicht den freien Gebrauch derselben durch den König beschränken wollen. Das, was des Glaubens ist, liegt ohnehin außerhalb des Bereichs vertragmäßiger Bestimmungen.“

Der Standpunkt, welcher den Hoheitsrechten gerecht würde, ist noch in viel schärferer Form ausgesprochen in einer Schrift, die damals der bekannte Staatslehrer Klüber in Anregung oder richtiger gesagt, in ausdrücklicher Veranlassung der preussischen Staatsregierung veröffentlichte. Ich denke, meine Herren, der Staat Preußen hat klar und deutlich ausgesprochen, daß es sich hier um ein „Landesgesetz“ handelt, welches, wenn es erforderlich ist, auch im Wege der Landesgesetzgebung geändert werden kann.“

Und gar nicht anders war der Standpunkt der übrigen Staaten, die gegenwärtig mit Preußen vereinigt worden sind. Die Staatsgewalten in denselben Theilen, die im Jahre 1821 dem Staate noch nicht angehörten, haben sich gerade so ausgesprochen, wie es Seitens des preussischen Königs damals geschehen ist. „Und jetzt handelt es sich um ein derartiges Gesetz.“

Es wurde nun gesagt, es handle sich um einen Rechts- und Trennungsbruch. Nun, meine Herren, halten Sie wohl für möglich, daß es nicht bei allen diesen Bestimmungen bei der Dotirung der katholischen Kirche selbstredende Voraussetzung war, daß die katholische Kirche, oder, da es sich um Menschen handelt, der katholische Klerus die Staatsgesetze befolgen werde? Ich meine, wer sich zurückdenkt an die entscheidenden Personen, der kann daran gar keinen Zweifel haben. Würde man wohl im Jahre 1803, als man vielleicht mit leichter Feder eine Menge geistlicher und anderer Staaten aufhob und sie anderen Staaten zur Entschädigung zuwies, der Meinung gewesen sein, daß es denkbar wäre, es könne der katholische Klerus sich anfechten gegen die Staatsgewalt und dennoch vom Staate Geld verlangen? Meine Herren, ich habe vor Kurzem gelesen, wenn König Friedrich Wilhelm III. sich so in jenem Erlass vom 23. August 1821 ausgesprochen hat, wie er gethan, so habe er immer nur Gesetze vor Augen gehabt, die zu erlassen der Staat kompetent sei.

Nun, meine Herren, ich glaube, Friedrich Wilhelm III. gehörte zu den Monarchen, die von ihrer Souveränität und dem Rechte des Staates, hier die Grenze zu ziehen nach gerechtem Ermessen, — auf's Vollste durchdrungen waren.

Auch unter Friedrich Wilhelm IV. herrschte diese Auffassung.

Geht nicht jenes Schreiben des Ministers Eichhorn, welches im Jahre 1841 den katholischen Bischöfen das Neujahrsgebet brachte, nunmehr mit Rom ohne Kontrolle der Staatsgewalt zu verkehren, mit ausdrücklichen Worten davon aus, daß es „Voraussetzung“ dabei sei,

„es werden die Bischöfe die Staatsgesetze befolgen und nichts gegen dieselben thun?“

Wohin führen die ultramontanen Ansprüche und Exerzieren in Deutschland?

Aus der Rede des Abgeordneten Dr. Gneist in der Sitzung vom 18. März.

— „Wir haben einen Gesamtbestand deutscher Gesetzgebung, der nun allmählig seit 200 Jahren zusammengewachsen ist, der, — mag er hundert Verschiedenheiten im Einzelnen enthalten, — in „einem“ Punkte überall übereinstimmt, nämlich in der „absoluten Zurückweisung jeder Oberhoheit der einen oder anderen Kirche über den Staat.“

Es ist erst der frühere (inzwischen veränderte) Wortlaut des Artikel 15 — den aber alle nicht ultramontanen Abgeordneten im entgegengesetzten Sinne verstanden haben — der die Idee einer Ober-Souveränität zweier sich bekämpfender Kirchen in einem und demselben Staate in Gang gebracht hat. Man denkt dabei an nichts Geringeres, als daß sich jede Kirche souverän ihre Gesetze gibt, daß jede Kirche bestimmt, wie weit ihr Gebiet geht, daß jede Kirche bestimmt, wie weit ihre Regierung geht, wie weit ihre Jurisdiktion geht — und das in einem unglücklichen Staatskörper, der diese Dinge in sich vereinen soll!

Nun wohl, so denken Sie sich den Staat des unglückseligen deutschen Volkes, das seine Ehe, seine Familie, seine Kindererziehung, sein Schul- und Unterrichtswesen, — sein geistiges Leben, — den Zusammenhang des Volkes zerreißen soll nach den Gesetzen und Geboten von 4, 5, 6 und mehr souveränen Potentaten und Gewalten!

Meine Herren, den wahnwitzigen Zustand, der aus solchen Gebilden hervorgeht, verfolgen Sie im Verlauf des dreißigjährigen Krieges, und fragen Sie sich, was eine Nation werden soll, in der das Konnubium und jedes Familienband zwischen den glaubensverschiedenen Gliedern derselben Nation aufgehoben ist. Wir haben im Alterthum gesehen, daß die bloße Aufhebung des Konnubiums genügt, innerlich kompakte Völker zu zerreißen. Hier reißen Sie durch die Oberhoheit zweier Kirchen nicht nur die Ehen auseinander, Sie machen in der vierten, fünften Generation jede Erinnerung an eine Familien-Verwandtschaft unter den christlichen Konfessionen unmöglich. Sie heften dem Kinde von der Taufe bis zum Grabe die Pflicht des hermetischen Abschlusses von allen Andersgläubigen an. Sie gewöhnen schon das Kind an die beschimpfende Behandlung anderer Bekenntnisse. Neben einem andersgläubigen Knaben auf der Schulbank zu sitzen, bezeichnen Sie als Sakrilegium und Pein. Sie impfen dem Kinde den Glauben ein, daß es ein Sakrileg sei, wenn es mit dem andern Kinde ein Vaterunser betet. Sie zerreißen die Bande des Blutes und der Nation bis an die letzte Stätte, bis an die Grabesstätte.

Als der dreißigjährige Krieg zu Ende ging, hatte das erschöpfte deutsche Volk — das Land halb mit Leichen und mit Brandstätten bedeckt, — wenigstens die eine Wahrheit eingesehen, die Sie heute noch leugnen: „daß auf Gottes Erdboden niemals Platz ist für zwei souveräne Kirchen auf ein und derselben Scholle Landes.“

Die Geschichte Deutschlands würde mit dem Westfälischen Frieden ein kühnliches Ende genommen haben, wenn das deutsche Volk selbst nicht aus angeborenem Sinne für Gewissensfreiheit und Achtung fremden Glaubens und im Bewußtsein der nothwendigen Zusammengehörigkeit die Bedingungen des Westfälischen Friedens nicht grundtätig überwunden hätte. Trotz der dem deutschen Volke gegebenen Bedingungen, unter denen die Nationen nothwendig zerissen werden mußten, sehen Sie den zweihundertjährigen Gang der Gesetzgebung, der die Einheit der Nation wiederherstellte, und dies ist die Gesetzgebung des von Ihnen geschmähten cäsaropapistischen Staates. Diese Staatsgesetzgebung hat er die Droggen gezwungen, auf dem Fuß des Friedens mit der andern Theologie zu treten, sie hat auf dem Wege des Aufsichtsrates und der Sammelvoigtei die gemeinsamen Grundzüge der Welt für alle Konfessionen gemacht, sie hat diese Grundzüge in der Gesetzgebung konjunkt, — sie hat dem deutschen Volke wieder ein Ehrerecht geschaffen, sie hat dem deutschen Volke die wesentlichen Grundzüge einer einheitlichen nationalen Erziehung wiedergegeben, und das geschah in unermüdlichem Wettstreit, nicht bloß von Joseph und Friedrich dem Großen, sondern aller katholischer und aller evangelischer Landesherrn und der berühmtesten christlichen Fürsten und Oberen.“ Das

sind die Schöpfungen, die Sie heute omnipotenten Staat und Cäsaropapismus zu nennen belieben. Das ist der Gang unserer Gesetzgebung, kein anderer, und die Regierung läßt sich durch die unmittelbare Anforderung an die Gewalt bis heute nicht abhalten, und ich hoffe, sie wird den Gang der Handhabung ihrer Majestätsrechte wirklich majestätisch innehalten, unabänderlich in der sicheren und sorgfältigen, wenn auch oft schwierigen „Scheidung der inneren und äußeren Angelegenheiten der Kirche“ vorzugehen.

„Rühren Sie nicht an den Gedanken der Heiligkeit der Gesetze! Denn sind die Gesetze nur das, wie der Herr Abgeordnete für Meppen sie zu charakterisiren pflegt, Majoritätsbeschlüsse, dann gibt es nichts Heiliges mehr, was zwischen uns besteht, und nichts Heiliges mehr, was dem Stärkeren ein Maß auferlegt, in der Verhandlung des Schwächeren. Sind dies keine heiligen Gesetze, die Gesetze unseres Königs, dann seien Sie versichert, daß die Zustände wiederkehren werden, durch deren mühsame Ueberwindung das heutige Deutsche Reich mit seiner Freiheit und Gleichheit seiner Bekenntnisse überhaupt möglich geworden ist. Die Ungültigkeit solcher Gesetze proklamiren, heißt den Religionsfrieden brechen! In Deutschland solche Bullen hinauszuschleudern, das heißt den offenen Bruch des Religionsfriedens, denn wo die Gesetzgebung Deutschlands nicht herrscht, da sind wir mit einander fertig, da werden wir sehen, wer der Stärkere ist!“

Wir haben kein anderes Band! In anderen Ländern haben Sie das Band der einheitlich herrschenden Kirche. Die Heilighaltung der Gesetze ist für uns das Bindende“, und wie soll die Staatsgewalt sich verhalten wenn in diesem vulkanischen Zustande päpstliche Bullen in das Land — nicht vom Himmel kommen, aber ohne daß uns Jemand dafür verantwortlich ist, wohin sie kommen und gehen — wenn solche päpstliche Bullen ins Land geschleudert werden!

Die beiden Herren Juristen da vor mir (Windhorst-Meppen und Reichensperger) haben auch die heutige Feier des 18. März sehr vorsichtig wahrgenommen, um sich zu reserviren, daß sie einen „passiven“ Widerstand gegen die Gesetze meinen. „Ja, was nützt mir die heilige Versicherung des passiven Widerstandes, wenn man alles, was in menschlicher Kraft steht, thut, um andere Menschen zum aktiven Widerstande aufzufordern?“

Meine Herren vom Centrum, einen Beweis sind Sie uns schuldig geblieben, nämlich, ob es irgend ein Mittel der Aufregung gibt, ein Mittel der großen oder der kleinen Demagogie, des Mißbrauchs der Presse oder des Vereinsrechts, das nicht in Thätigkeit gesetzt worden wäre, um die Massen in Aktion zu setzen? Den Beweis sind Sie uns schuldig geblieben. Wir haben ein reiches Repertoire von 1848, aber Sie haben alles übertroffen, was wir 1848 kennen gelernt haben. Man kann eine Partei niemals nach dem beurtheilen, was uns hier ihre Führer bona fide versichern; die Führer können keine Bürgschaft für den Ausgang einer so aufgeregten und aufgeschüttelten Bewegung geben. Sie unterschätzen aber den Charakter und den Ernst des deutschen Volkes, der vielleicht in der Kurie besser tagirt wird, als von Ihnen. Der Glaube des gemeinen Mannes steht heutzutage noch so, daß, reden Sie ihm immer davon, daß sein Glaube verfolgt wird, seine Priester mißhandelt, seine heiligsten Rechte mit Füßen getreten werden, reden Sie ihm oder lügen Sie ihm an anderer Stelle vor, die Gesetze der deutschen Fürsten würden gegeben, um das katholische Volk lutherlich zu machen, setzen Sie das von Jahr zu Jahr fort mit gewissen Aktionen an Gedenktagen des 18. März, wie dem heutigen, dann, wenn irgend eine Nation der Welt, dann werden Sie den Deutschen dazu bringen, daß er los schlägt. Ja, los schlägt! Und das war des Herrn von Wallinckrodt Lieblingswort, das ich zeihmal gehört habe, daß er denjenigen einen Lump nannte, der in solcher Lage ihm vorreden will, das sei nicht so gemein, die Herren weiter haben damit nur einen passiven Widerstand gemeint, man müsse Gott auch gehorchen und Niemand sei dafür verantwortlich. Ja, meine Herren, diese Art der Unterscheidung ist ganz vergeblich und jede Partei muß es sich gefallen lassen, daß zunächst beurtheilt werde nach ihren Mitteln, und zu diesen gehören die aus der Luft herabkommenden Bullen, die es zur heiligen Pflicht eines jeden Katholiken machen, einen vereinigten Widerstand gegen die Gesetze des Staates zu leisten.“ Solche Bullen muß die Staatsgewalt, die sich ihrer Pflicht bewußt ist, zurückweisen und ihre Veröffentlichung als Aufruhr behandeln.

Wir wissen sehr gut die Lage eines gläubigen Bekenntners einer Kirche zu schätzen, den man sorgfältig be-

„es werden die Bischöfe die Staatsgesetze befolgen und nichts gegen dieselben thun?“

Wohin führen die ultramontanen Ansprüche und Exerzieren in Deutschland?

Aus der Rede des Abgeordneten Dr. Gneist in der Sitzung vom 18. März.

— „Wir haben einen Gesamtbestand deutscher Gesetzgebung, der nun allmählig seit 200 Jahren zusammengewachsen ist, der, — mag er hundert Verschiedenheiten im Einzelnen enthalten, — in „einem“ Punkte überall übereinstimmt, nämlich in der „absoluten Zurückweisung jeder Oberhoheit der einen oder anderen Kirche über den Staat.“

Es ist erst der frühere (inzwischen veränderte) Wortlaut des Artikel 15 — den aber alle nicht ultramontanen Abgeordneten im entgegengesetzten Sinne verstanden haben — der die Idee einer Ober-Souveränität zweier sich bekämpfender Kirchen in einem und demselben Staate in Gang gebracht hat. Man denkt dabei an nichts Geringeres, als daß sich jede Kirche souverän ihre Gesetze gibt, daß jede Kirche bestimmt, wie weit ihr Gebiet geht, daß jede Kirche bestimmt, wie weit ihre Regierung geht, wie weit ihre Jurisdiktion geht — und das in einem unglücklichen Staatskörper, der diese Dinge in sich vereinen soll!

Nun wohl, so denken Sie sich den Staat des unglückseligen deutschen Volkes, das seine Ehe, seine Familie, seine Kindererziehung, sein Schul- und Unterrichtswesen, — sein geistiges Leben, — den Zusammenhang des Volkes zerreißen soll nach den Gesetzen und Geboten von 4, 5, 6 und mehr souveränen Potentaten und Gewalten!

Meine Herren, den wahnwitzigen Zustand, der aus solchen Gebilden hervorgeht, verfolgen Sie im Verlauf des dreißigjährigen Krieges, und fragen Sie sich, was eine Nation werden soll, in der das Konnubium und jedes Familienband zwischen den glaubensverschiedenen Gliedern derselben Nation aufgehoben ist. Wir haben im Alterthum gesehen, daß die bloße Aufhebung des Konnubiums genügt, innerlich kompakte Völker zu zerreißen. Hier reißen Sie durch die Oberhoheit zweier Kirchen nicht nur die Ehen auseinander, Sie machen in der vierten, fünften Generation jede Erinnerung an eine Familien-Verwandtschaft unter den christlichen Konfessionen unmöglich. Sie heften dem Kinde von der Taufe bis zum Grabe die Pflicht des hermetischen Abschlusses von allen Andersgläubigen an. Sie gewöhnen schon das Kind an die beschimpfende Behandlung anderer Bekenntnisse. Neben einem andersgläubigen Knaben auf der Schulbank zu sitzen, bezeichnen Sie als Sakrilegium und Pein. Sie impfen dem Kinde den Glauben ein, daß es ein Sakrileg sei, wenn es mit dem andern Kinde ein Vaterunser betet. Sie zerreißen die Bande des Blutes und der Nation bis an die letzte Stätte, bis an die Grabesstätte.

Als der dreißigjährige Krieg zu Ende ging, hatte das erschöpfte deutsche Volk — das Land halb mit Leichen und mit Brandstätten bedeckt, — wenigstens die eine Wahrheit eingesehen, die Sie heute noch leugnen: „daß auf Gottes Erdboden niemals Platz ist für zwei souveräne Kirchen auf ein und derselben Scholle Landes.“

Die Geschichte Deutschlands würde mit dem Westfälischen Frieden ein kühnliches Ende genommen haben, wenn das deutsche Volk selbst nicht aus angeborenem Sinne für Gewissensfreiheit und Achtung fremden Glaubens und im Bewußtsein der nothwendigen Zusammengehörigkeit die Bedingungen des Westfälischen Friedens nicht grundtätig überwunden hätte. Trotz der dem deutschen Volke gegebenen Bedingungen, unter denen die Nationen nothwendig zerissen werden mußten, sehen Sie den zweihundertjährigen Gang der Gesetzgebung, der die Einheit der Nation wiederherstellte, und dies ist die Gesetzgebung des von Ihnen geschmähten cäsaropapistischen Staates. Diese Staatsgesetzgebung hat er die Droggen gezwungen, auf dem Fuß des Friedens mit der andern Theologie zu treten, sie hat auf dem Wege des Aufsichtsrates und der Sammelvoigtei die gemeinsamen Grundzüge der Welt für alle Konfessionen gemacht, sie hat diese Grundzüge in der Gesetzgebung konjunkt, — sie hat dem deutschen Volke wieder ein Ehrerecht geschaffen, sie hat dem deutschen Volke die wesentlichen Grundzüge einer einheitlichen nationalen Erziehung wiedergegeben, und das geschah in unermüdlichem Wettstreit, nicht bloß von Joseph und Friedrich dem Großen, sondern aller katholischer und aller evangelischer Landesherrn und der berühmtesten christlichen Fürsten und Oberen.“ Das